„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD. a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Zur Deportierungsfrage

Die Deportierungsfrage ist neuestens von verschiedenen canadischen Stadtverwaltungen auf die Tagesordnung der Stadtratssitzungen gesetzt worden. Calgary in Alberta hat bereits wie im letzten „Courier" berichtet worden ist, die erforderlichen Schritte eingeleitet, um 24 sogenannte Zentraleuropäer in ihre betreffende Heimat zurückzuschicken. Auch in Regina ist der Plan aufgetaucht. Stadtkommissar R. J. Westgate hat den städtischen Beamten für Notstandsmaßnahmen William Redhead auf eigene Faust beauftragt, die nötigen Vorbereitungen für die Deportierung aller jener Personen zu treffen, die noch keine fünf Jahre in Canada ansässig sind und von amtlichen Stellen unterstützt werden. Die Frage wurde auch in einer Sondersitzung des Stadtrates von Regina behandelt. Nach einem Pressebericht soll Stadtrat Charles Gardner sich stark für die Deportierung von Fremdgeborenen nach dem Muster Calgarys eingestellt haben. Diese Meldung berührt etwas eigentümlich, wenn man bedenkt, daß gerade dieser „Alderman" seit Jahren schon von den fremdgeborenen Bürgern bei jeder städtischen Wahl sehr kräftig unterstützt worden ist.

Eine etwas andere Haltung nimmt anscheinend das canadische Einwanderungsministerium in Ottawa ein, das in dieser Angelegenheit zuständig ist, jedoch alle jene Einwanderer deportieren muß, die der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen und von einer Stadt wie Regina zur Deportierung empfohlen werden. Das Einwanderungsministerium steht solchen Vorschlägen keineswegs günstig gegenüber, zumal damit für die Regierung Unkosten und für die zu deportierenden Leute Unannehmlichkeiten verbunden sind. Einwanderungsminister Gordon bezeichnete kürzlich es als verfehlt, Leute lediglich deswegen zu deportieren, weil sie in einer Zeit allgemeiner Depression und Arbeitslosigkeit die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Durch Massendeportierungen könne Canada viele verlieren, die nach Aufhören der gegenwärtigen Depression vielleicht wertvolle Bürger würden.

Bei einer ruhigen und sachlichen Erwägung der Gründe, die für und gegen eine Massendeportierung unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen sprechen, muß zunächst beachtet werden, daß vielleicht manche Arbeiterkreise aus klassenegoistischen Beweggründen den Abtransport einiger Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt begrüßen würden. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob die zurückgebliebenen Arbeiter deswegen in absehbarer Zeit lohnendere Beschäftigung finden würden. Jeder, der regelmäßig und aufmerksam seine Zeitung liest, weiß, daß wir mitten in einer Weltkrise von noch nie dagewesenen Ausmaßen stehen. Auch Canada ist von dieser Krise aufs schwerste betroffen. Dagegen helfen keine kleinen und kleinlichen Deportierungsmaßnahmen, die über einige hundert oder tausend alleinstehende Arbeiter oder ganze Familien verhängt werden. Einigermaßen verständlich ist es hingegen, wenn Stadtverwaltungen, die sich zu hohen Ausgaben für die Notstandshilfe entschließen müssen, die außerordentliche Belastung ihres Etats etwas zu erleichtern suchen.

Aber alle Gründe, die für eine Massendeportierung zu sprechen scheinen, werden hinfällig, wenn man die menschliche und politische Seite der Frage ins Auge faßt. Vom Standpunkte der Menschlichkeit betrachtet, ist es eine grobe Rücksichtslosigkeit, wenn man schuldlose Menschen einfach deportiert. Hat man Beweise dafür, daß es sich um arbeitsscheue Subjekte handelt, die nur auf Kosten ihrer Mitmenschen leben wollen, oder hat man es mit verbrecherisch veranlagten Naturen zu tun, so wird jeder mit gesundem Menschenverstand das Vorgehen gut heißen. Aber ist es ein Verbrechen, wenn so manche Arbeitswillige beim besten Willen keine lohnende Beschäftigung finden, um sich und ihren Familien hierzulande oder in der alten Heimat ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen? Warum solchen schuldlos Arbeitslosen den unehrenhaften Stempel eines Deportierten aufprägen, den sie wahrlich nicht verdienen? Man möge sagen, was man will, die Tatsache bleibt bestehen, daß jeder Deportierung ein gewisser bitterer Beigeschmack anhaftet. Es muß folglich als eine Ungerechtigkeit bezeichnet werden, wenn man Leute, die nur wegen unverschuldeter Arbeitslosigkeit in bittere Not geraten sind, mit Schwerverbrechern auf eine Stufe stellt.

Wir müssen hinter dem Deportierungseifer gewisser Kreise auch eine feindselige Stimmung gegen die Fremdgeborenen, die „foreigners", vermuten, die so mancher von unseren lieben canadischen Mitbürgern ins Pfefferland wünscht. Im „Courier" vom 19. November haben wir erst die gehässigen Aeußerungen eines anonymen Kriegsveteranen wiedergegeben, der davon sprach, „daß der Feind von ehedem in Regina eingedrungen ist" und weiterhin bemerkt: „Wir wollen nicht die Sprache unserer Feinde an jeder Arbeitsstelle unserer Stadt hören". Man erzähle uns nur nicht, daß es sich hier um einen weißen Raben handle. Der Unterschied zwischen dem Kriegsveteran und unseren anderen „Freunden" besteht nur darin, daß der eine seinen Neid und Haß offen zur Schau trägt, während Tausende von anderen die Abneigung in der Pulverkammer ihres Herzens aufspeichern, um die Munition zu gegebener Gelegenheit gegen uns zu verwenden. Es wäre angesichts dieser unleugbar vorhandenen Mißstimmung gegen die „foreigners" interessant, einmal zu erfahren, ob die deportierungslustigen Stadtverwaltungen die Herren britischen Einwanderer ebenso rücksichtslos behandeln wollen wie die Nichtbriten. In der Meldung von Calgary war nur von „Zentraleuropäern" die Rede; es sollen hauptsächlich Ungarn sein, denen man dort das Deportierungsschicksal zugedacht hat. Welche Einwanderungsklasse hat man in Regina in erster Linie im Auge? Sind es hier auch ausschließlich „Zentraleuropäer", oder wird man von hier aus ohne viel Federlesen britische und nichtbritische Einwanderer in gleicher Weise deportieren lassen? Doch das Pressegeschrei möchten wir einmal hören, wenn man neben „Zentraleuropäern" auch arbeitslosen britischen Einwanderern zeigen wollte, wo der Zimmermann das Loch gemacht hat.

Schließlich sollte noch ein wichtiger Punkt beachtet werden: Das Ansehen Canadas wird im Auslande gewiß einen schweren Schlag erleiden, wenn man Leute wegen unverschuldeter Arbeits- und Verdienstlosigkeit einfach in ihre Heimat abschiebt. Diese Einwanderer haben oft unter großen Opfern das nötige Geld für die Auswanderung nach Canada aufgebracht, mußten sich den verschiedensten Schikanen der canadischen Einwanderungsbestimmungen unterwerfen und kamen vielleicht mit dem ehrlichen Willen sich hier durch schwere Arbeit und unter mancherlei Mühsalen eine neue Heimat zu gründen. Nun will ihnen Canada die Türe weisen. Ist man sich darüber klar, welchen Eindruck die Deportierung solcher Menschen in ihren Herkunftsländern machen wird? Jedenfalls wird Canadas guter Name dadurch nicht gefördert werden.

Drohender Mißbrauch der Mandatsrechte

Die britischen Pläne auf Einverleibung des Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika haben einen Ausschuß führender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaftsverbände zu folgendem Protest veranlaßt:

„Durch den Versailler Vertrag ist Deutschland seiner überseeischen Besitzungen beraubt worden. Die deutschen Kolonien sind unter Mandatsverwaltung gestellt worden, welche nach der Völkerbundsatzung von den damit betrauten Mächten als Vormundschaft zu treuen Händen ausgeübt werden soll. Sie haben diese Vormundschaft als Mandatar des Völkerbundes und in seinem Namen zu führen.

„Das Mandatssystem ist nun durch das auf die Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische Reich abzielende Vorgehen der englischen Regierung auf das stärkste bedroht. Diese größte und wertvollste deutsche Kolonie ist England als Mandatsgebiet zugeteilt worden. Die englische Regierung hat neuerdings in einem Weißbuch Vorschläge gemacht, die auf eine Verschmelzung des ostafrikanischen Mandatsgebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien Kenna und Uganda hinauslaufen. Ein Ausschuß des englischen Parlaments soll darüber beraten. Auch ist das Weißbuch der Permanenten Mandatskommission in Genf mitgeteilt worden, damit diese Gelegenheit zur Prüfung und Stellungnahme erhält.

„Die beabsichtigte Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden englischen Kolonien ist mit der Völkerbundssatzung unvereinbar. Sie würde den ersten Schritt zu einer widerrechtlichen Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische Reich bedeuten. Es handelt sich dabei um ein Land von der doppelten Größe Deutschlands und von außerordentlich günstigen Entwicklungsmöglichkeiten.

„Gegen dieses englische Vorgehen muß im deutschen Volk von allen Seiten schärfster Protest erhoben werden. Protest gegen die Verletzung der wenigen Deutschland nach dem Versailler Vertrag und als Mitglied des Völkerbundes zustehenden Rechte, Protest gegen die Vernichtung des Mandatssystems in bezug auf das größte afrikanische Mandatsgebiet, Protest gegen die dem Recht widerstreitende tatsächliche Annexion Deutsch-Ostafrikas durch England. Das deutsche Volk muß sich über alle Gegensätzlichkeiten hinweg in der Verteidigung seines Rechts und des Rechtsgedankens überhaupt zu machtvollem, weithin sichtbaren Protest zusammenfinden.

„Die Unterzeichneten, einig in dem Willen, der Bedrohung deutscher Rechte entschieden entgegenzutreten, fordern alle Gruppen und Schichten des deutschen Volkes zur Teilnahme an Kundgebungen auf, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden sollen." (A. D.)

Weltumschau

Deutsche Notgesetze verkündet. Reichspräsident von Hindenburg hat die vom Reichskabinett ausgearbeiteten Notverlasse unterzeichnet. Damit ist das Brüning-Dietrich-Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft in aller Form zum Gesetz erhoben, so daß an seine Durchführung ohne Verzug herangetreten werden kann. Der Erlaß der Notverordnung erfolgte unter Artikel 48 der Weimarer Verfassung, nachdem Reichskanzler Brüning das Bestehen eines Ausnahmezustandes dem Reichspräsidenten dargelegt hatte. Der letztere hatte die Notverlasse einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, ehe er sich zu deren Unterzeichnung verstand.

Monatelang ist vom Reichskabinett an diesem Programm gearbeitet worden, von dessen Durchführung man sich mit der Zeit einen neuen Aufschwung der deutschen Wirtschaft verspricht. Es hat bereits die Gutheißung des Reichsrats gefunden, hätte aber wenig oder keine Aussicht auf Annahme im Reichstag. Aus diesem Grund hat sich Kanzler Brüning veranlaßt gesehen, den Reichspräsidenten zu bewegen, das Programm durch Dekret in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die von Reichspräsident von Hindenburg durch Dekret verkündeten Gesetze zerfallen in drei Gruppen. Die erste Gruppe befaßt sich mit unbedeutenden Aenderungen der Notverlasse von Juli dieses Jahres. Die zweite Gruppe weist 26 Gesetze auf, durch welche die finanziellen und wirtschaftlichen Reformen des Regierungsprogramms durchgeführt werden sollen. Die dritte Gruppe endlich ist vollständig der Landwirtschaft gewidmet und enthält Gesetze zu deren Schutz.

Das Programm sieht eine starke Senkung der Regierungsausgaben, einschließlich eines Abbaus der Beamtengehälter vor, die sich von einem Abtrieb von 20 Prozent, soweit Reichspräsident und Minister in Betracht kommen, abwärts bis zu 6 Prozent bewegt. Endlich sind den Beiträgen des Reichs zu der Reichsversicherungsanstalt, aus welchen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bezahlt wird, Grenzen gezogen, so daß der Fiskus nicht länger gehalten werden kann, die seitherigen riesigen Defizite der Arbeitslosen-Unterstützung zu decken. Die Ausschreibung neuer Steuern soll fernerhin unterbleiben.

„Abrüstung" und polnischer Terror. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des deutschen Reichstags beschäftigte sich mit der Abrüstungsfrage und dem polnischen Wahlterror. Die Entwicklung der Dinge in der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission in Genf haben Deutschland stark verärgert, und diese Tatsache fand ihren Widerhall in der Ausschußsitzung. Angesichts der Tatsache, daß Deutschlands gerechte Forderung in Genf auf Abrüstung aller Völker auf das Maß der dem Reich durch den Versailler Vertrag auferlegten Entwaffnung rundweg zurückgewiesen wurde, ist in der Sitzung angeregt worden, die deutsche Delegation aus der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission zurückzuziehen und das Reich bei den zukünftigen Beratungen dieser Körperschaft nur durch einen Beobachter vertreten zu lassen, wie bei Verhandlungen so oft geschieht. Eingehend wurde dies ja von den Ver. Staaten bei internationalen über die Angelegenheit verhandelt, ohne daß es indes zu einer Beschlußfassung gekommen wäre. Ein Antrag auf vollständigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wurde niedergestimmt.

Hinsichtlich des polnischen Wahlterrors, wie er besonders in Oberschlesien zum Ausdruck gekommen, fielen scharfe Worte. Die Politik des Reichsaußenministers Curtius in der Angelegenheit wurde scharf verurteilt, einmal weil der Minister nicht sofort Vorstellungen in Warschau machen ließ und sodann, weil er nicht auf die Einberufung einer Sondersitzung des Völkerbundrats zur Erledigung der Angelegenheit gedrungen hat, sondern sich mit der Entsendung einer Protestnote begnügte, die erst in der Januarsitzung des Rats zur Verhandlung kommen soll. Von den rechtsstehenden Mitgliedern des Ausschusses wurde der Widerruf des deutsch-polnischen Liquidierungs-Abkommens vom letzten Sommer und Einstellung der Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrags mit Warschau gefordert. Beide Anträge gelangten zur Annahme. Der erste war von den Agrariern, der zweite von den Nationalsozialisten eingebracht worden. Vor der Abstimmung drang Reichsaußenminister Dr. Curtius in die Reichsboten, gegen diese Entschließungen zu stimmen, da sie nur dazu angetan seien, Deutschland im Ausland zu schädigen und die Lage der deutschen Minorität in Polen noch schlimmer zu gestalten. Dagegen wurde ein Antrag der Nationalsozialisten auf Formierung eines Heeres von 100,000 Mann aus den Reihen der Beschäftigungslosen „zum Schutz der deutsch-polnischen Grenze" niedergestimmt.

Erbitterung gegen Polen. In der deutschen Protestnote an den Völkerbundsrat wegen des polnischen Terrorismus gegen die deutschen Bewohner von Oberschlesien während der kürzlichen polnischen Wahlen wird die Beschuldigung erhoben, daß die polnische Polizei keine Hand rührte, als die Deutschen von Wahlkämpfern mißhandelt und förmlich gefoltert wurden, die verlangten, sie sollten ihre Stimme Pilsudski geben oder das Land verlassen. Die Denkschrift führt neun Sonderfälle auf, denen ein Hinweis beigefügt ist, daß diese nur „einzelne von zahlreichen anderen Fällen" darstellen.

Nicht weniger als 30,000 deutsche Wähler in allein zwei Distrikten wurden von der Wählerliste gestrichen. Alle diese Uebergriffe, betont der Protest, geschahen „in direkter Verletzung des Genfer Uebereinkommens, die der deutschen Minderheit das Bürgerrecht in dem polnischen Oberschlesien, ohne sie der Rassenverfolgung auszusetzen, garantierte. Die Beschwerde wird bei der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates am 15. Januar zur Verhandlung kommen.

In den größten Universitäten von Deutschland und Oesterreich fanden Massenversammlungen zum Protest gegen die polnischen Terrorakte gegen die Deutschen Oberschlesiens statt. Deutsche Studenten auf der ganzen Welt wurden dringend ersucht, ihre betreffenden Regierungen zu ersuchen, gegen den „polnischen Terror" einzuschreiten. Die Studentenschaft wandte sich auch an Präsident Hindenburg, „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Greueltaten vorzugehen."

Die Erregung der Bevölkerung auf der deutschen Seite von Oberschlesien ist eine derartige, daß Grenzzwischenfälle befürchtet werden. Reichsinnenminister Dr. Josef Wirth hat sich deshalb nach Deutsch-Oberschlesien begeben und wird dort versuchen, die Gemüter zu beruhigen.

Der „rote Hoffmann" gestorben. Adolf Hoffmann, der in Deutschland bekannte „rote Hoffmann", ist in Berlin gestorben. Er ist 72 Jahre alt geworden. Hoffmann, der ursprünglich Sozialdemokrat war, aber im Laufe der Jahre immer weiter nach links abschwenkte, bis er im Jahre 1921 zu der Kommunistenpartei übertrat, war ein urwüchsiger Berliner mit derbem Witz, der zum ersten Male im Reichstag unliebsames Aufsehen erregte, als ihn 1904 der sächsische Wahlkreis Reichenbach-Kirchberg-Auerbach zum Reichsboten gemacht hatte. Er hatte bei einer Gelegenheit die Keckheit, dem Reichskanzler Fürsten von Bülow zuzurufen: „Das können Sie Ihrem jungen Mann erzählen!" — womit er den Kaiser meinte.

Er war zwei Jahrzehnte lang Berliner Stadtverordneter und vertrat später einen Berliner Wahlkreis im Reichstag, nachdem er zum linken Flügel der Sozialdemokratie übergetreten war. In der Revolutionszeit wurde er mit Konrad Haenisch Volksbeauftragter im preußischen Kultusministerium, legte jedoch den Posten am 1. Jan. 1919 nieder, weil seine Amtsführung nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in proletarischen Kreisen Anstoß erregte.

Allgemeine Lohnkürzung in Italien. Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Benito Mussolini, die Lebenshaltungskosten in Italien zu reduzieren, erreichten soeben einen Höhepunkt, da mit dem 3. Dez. Gehalts- und Lohnherabsetzungen in Ackerbau, Industrie und Handel in Kraft traten. Die Maßnahme stellt eine Probe auf die Wirksamkeit des italienischen Gewerkschaftssystems dar. Die nationalen faschistischen Vereinigungen für Landwirtschaft, Industrie und Handel traten einfach zusammen; wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß das Gewerkschaftsministerium gemeinsam mit der gesamten Regierung den Wunsch auf Herabsetzung der Löhne hegt, und erließen dann eine Proklamation, die an Wirkung einem Gesetz gleichkommt. Jeder Arbeiter und jeder Meister in Italien muß einem Syndikat angehören, das durch die Provinzialsyndikate mit den faschistischen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsministerium verbunden ist.

Die Löhne der Farmarbeiter werden je nach Höhe und Provinz um 10 bis 25 Prozent herabgesetzt. Die Gehälter technischer Direktoren werden um 8 bis 12 Prozent, und alle Gehälter von mehr als 800 Lires (ungefähr $40) monatlich um 10 Prozent beschnitten. Die Löhne industrieller Arbeiter werden um 8 Prozent herabgesetzt, obwohl Arbeiter, die weniger als 12 Lires (60 Cents) pro Tag verdienen, von der Maßnahme nicht betroffen werden. Auch Arbeiter, die weniger als vier Tage in der Woche arbeiten, werden nicht betroffen. Die Lohnherabsetzungen treten sofort in Kraft.

Die jetzigen Lohnkürzungen sind die bemerkenswertesten, die seit der Herabsetzung der Gehälter sämtlicher Regierungsangestellten und seit der Reduzierung der Mieten in Kraft traten. Man glaubt, daß Hunderte von Millionen Lires auf diese Weise gespart werden. Mindestens 4 Millionen Landarbeiter werden betroffen, während die Angestellten von Handelsfirmen, die unter die Maßnahme fallen, sich auf rund 700,000 belaufen.

Der Humbug in Genf. Deutschlands Antrag, den 5. November 1931 als das Datum festzusetzen, bis zu welchem die große Weltabrüstungskonferenz der Mächte einberufen werden soll, wurde in der Abrüstungsbesprechung zu Genf niedergestimmt, und ein Antrag des Briten Lord Cecil, es dem Völkerbundrat zu überlassen, die große Abrüstungskonferenz „sobald als möglich" einzuberufen, wurde mit 14 gegen 5 Stimmen bei vielen Stimmenthaltungen durchgeweicht. Mit Deutschland stimmten Italien, Rußland, Bulgarien und China für eine klare Festsetzung des Datums der Abrüstungskonferenz, aber Frankreich, Britannien, Polen, die Tschechoslowakei, Griechenland und Japan waren Feuer und Flamme dagegen. Es hieß, der Völkerbundrat werde die Abrüstungskonferenz „vermutlich" Anfang 1932 einberufen.

Graf von Bernstorff, der deutsche Delegat, legte vergeblich dar, daß für die Vorbereitung zur Weltabrüstungskonferenz genügend Zeit bleiben würde, wenn man das Datum ihrer Eröffnung für den 5. November nächsten Jahres ansetze. Die Redensart „so bald als möglich" sei nachgerade lächerlich geworden. Die öffentliche Meinung der Welt werde sie nicht länger dulden. „Zehn Monate sind reichlich genug für die Vorbereitung dieser Konferenz," rief er aus. „Wenn zehn Monate nicht genügen, dann werden auch zehn Jahre nicht genügen."

Vorher schon war ein anderer deutscher Antrag mit 10 Stimmen verworfen worden, zu denen der amerikanische Delegat, Botschafter Gibson, eine beigesteuert hatte. Graf Bernstorff hatte beantragt, daß das Verbot der Verwendung aller Tanks und Geschütze großen Kalibers, welches dem deutschen Reiche durch den Vertrag von Versailles aufgezwungen worden ist, auch den anderen Ländern auferlegt werden solle. Dafür stimmte aber außer Deutschland nur Rußland.

Der von Deutschland — und auch von den Ver. Staaten — bekämpfte Antrag Frankreichs, daß Berichte über die Verkehrsflugzeuge der Länder zu erstatten sind, ging dagegen durch, aber Gibson kündigte an, daß er dem Paragraphen eine Note der Nichtzustimmung der Ver. Staaten beizulegen gedenke.

In der Form wie er angenommen wurde, enthält dieser Paragraph des Konventionsentwurfs Frankreichs Forderung der Berichterstattung über die Verkehrsflugzeuge aller Länder, Großbritanniens Forderung, daß Ausgaben der Regierungen und Ortsbehörden für das Verkehrsflugwesen mitberichtet werden müssen, und Polens Forderung, daß die Gesamtziffer der Pferdekräfte der Motore dieser Verkehrsflugzeuge angegeben werden muß.

Dagegen wurde der Antrag Lord Cecils, daß die Etatsbewilligungen für wirkliche Militärflugzeuge berichtet werden sollen, mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt, wobei Gibson sich der Abstimmung enthielt. Lord Cecil betonte nach der Abstimmung emphatisch, wie knapp die Abstimmung war.

Canada blitzte trotz der Unterstützung des Amerikaners mit seinem Antrag ab, daß seine mit der Abtretung seiner Gebirgswald-Wildnisse und dem Aufbau verunglückter Personen beschäftigten Militärflugzeuge nicht als „Luftstreitkräfte" mit verrechnet werden dürften. Der Canadier und Gibson wurden schließlich bezüglich dieser Streitfrage auch auf die große Konferenz vertröstet.

Eine lebhafte Debatte entspann sich, als der Giftgaskrieg zur Sprache kam und von mehreren Rednern in Grund und Boden verdammt wurde, aber zu irgendwelchem Beschlusse kam es nicht. Die Entscheidung wurde der Weltabrüstungskonferenz anheimgestellt. Nur so viel setzte Gibson durch, daß alle Regierungen bis zu der großen Abrüstungskonferenz Militärsachverständige sich mit der Frage befassen lassen sollen, um der großen Konferenz klare Vorschläge darüber unterbreiten zu können.

Marie von Rumänien und Carol. Nachrichten aus Bukarest, daß die Königin-Witwe Marie sich entschlossen hat, Rumänien zu verlassen und für längere Zeit in Paris zu wohnen, bestätigen frühere Berichte, daß die Spannung zwischen ihr und ihrem Sohne König Carol, größer ist als jemals zuvor. In wohlunterrichteten Kreisen will man wissen, daß die Atmosphäre in der Hauptstadt Rumäniens der Gesundheit der Königin erheblich geschadet hat.

Die Königin wird durch immer neue Gerüchte über die angeblichen Pläne des Königs in Aufregung gehalten. Das letzte Gerücht ist, daß Carol ein Dekret erlassen will, durch das seiner Mutter und Königin Helene der Besuch aller öffentlichen Veranstaltungen untersagt werden soll. Der König soll sogar die Absicht haben, den beiden Frauen ihren Aufenthaltsort genau vorzuschreiben. Ein anderes Gerücht sagt, daß Frau Lupescu, mit der Carol im Exil in Frankreich lebte, im königlichen Schloß von Bukarest wohnt.

Zwei 300 Millionen Defizit in Ver. Staaten. Die amerikanische Regierung vollendete am 30. November die ersten fünf Monate des Fiskaljahres mit einem Defizit von $299,128,000, ungefähr $81,000,000 mehr als in der gleichen Zeitspanne des vorigen Jahres. Der Bericht des Schatzamtes weist aus, daß die Regierung Einnahmen in Höhe von $1,137,115,000 und Ausgaben von $1,436,543,000 für die ersten fünf Monate gehabt hat.

Die Einnahmen blieben hinter denen des Vorjahres um $197,182,000 zurück. Die Eingänge aus Zollerhebungen, Einkommensteuern sowie verschiedenen anderen Steuern zeigten Rückgänge. Die Zolleingänge fielen um $82,000,000 auf $170,621,661, die Einkommensteuern fielen um $58,000,000 auf $610,185,785, während Steuern verschiedener Art um $18,000,000 auf $219,997,000 herabgingen.

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Young für Revision seines Planes

Amerika soll der Frage Verständnis entgegenbringen

Der amerikanische Finanzmann erkennt die Notwendigkeit einer Neuregelung

New York.—Owen D. Young, der amerikanische Finanzmann, der den gegenwärtigen Reparationsplan entworfen hat, richtete einen Appell an Amerika, bei einer sich als notwendig erweisenden Neubehandlung der europäischen Kriegsschuldenfrage Sympathie und Verständnis zu zeigen. Die Schwierigkeiten, meinte Herr Young in einer Ansprache vor dem New Yorker Lotos Club, die sich einer genauen Festsetzung der Reparationen für die Zentralmächte und der Frage ihrer Zahlungsfähigkeit in den Weg stellen, „lassen sich nur im Lichte der jeweilig entstehenden Situation regeln." Dann fügte er hinzu: „Und ich hoffe, daß mein Vaterland es nicht an dem nötigen Verständnis für die neue Lage fehlen lassen wird."

Der Finanzmann enthielt sich der Unterbreitung einer persönlichen Ansicht über die gegenwärtigen Schwierigkeiten, meinte aber doch, daß „es nur natürlich ist, daß in Zeiten geringer Waren- und Wertpapierpreise ein Schuldner eine Neuregelung seiner Schulden wünscht."

„Es ist nicht meine Aufgabe, zu kritisieren oder ein Urteil abzugeben", sagte Herr Young. „Meine Aufgabe ist nur, an die größte Nation in der Welt zu appellieren, das nötige Verständnis aufzubringen, so daß sie mit ihren Vorzügen und Verantwortlichkeiten als Führerin in diesen kritischen Zeiten nicht versagt, ehe es zu spät ist."

1000 Tonnen Spielzeug aus Deutschland.

New York. — Der Dampfer „St. Louis" langte hier von Deutschland mit einer Ladung von 1000 Tonnen Spielwaren an.

NORTH GERMAN LLOYD

Canada--Europa--Dienst
des
Norddeutschen Lloyd

Direkte Verbindung mit eigenen Dampfern nach
Halifax und von und nach **Montreal.**
Auch über **New York** schnellste Beförderung mit den großen Schnelldampfern
Europa — Bremen — Columbus
und den Kabinen-Dampfern **Berlin, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, York** und anderen modernen Schiffen.
Vorzüglichste Verpflegung und zuvorkommendste Behandlung. Geldüberweisungen nach allen Ländern Europas.
Auskunft und Beschaffung aller Papiere kostenlos durch unsere Lokal-Agenten oder direkt vom
NORTH GERMAN LLOYD
1721—11th Ave. Regina, Sask.
(Hauptbüro für den canadischen Westen: 654 Main St., Winnipeg, Man.)